Fünf vor acht / Taiwan

Sieger ohne Gratulanten

Eine Kolumne von Matthias Naß

In Taiwan triumphiert die Demokratie, doch andere Staaten schweigen betreten. Die Inselrepublik bleibt diplomatisch isoliert, weil China die Anerkennung nicht duldet.

15. Januar 2020, 7:23 Uhr80 Kommentare

Da stimmt ein Land in freier Wahl über sein Staatsoberhaupt und sein Parlament ab, nach leidenschaftlichem, aber fairem Wahlkampf. Ein Land, das vor gut drei Jahrzehnten noch eine Militärdiktatur war, bis es sich aus eigener Kraft und eigener Einsicht friedlich auf den Weg zur Demokratie machte. Ein Land, das heute eine moderne, pluralistische Gesellschaft ist und dazu ein höchst erfolgreicher Wirtschaftsstandort.

Die Wahlsiegerin bleibt im Triumph bescheiden. Der Verlierer gesteht, da sind noch gar nicht alle Stimmen ausgezählt, seine Niederlage ein ("Ich habe nicht hart genug gearbeitet"). Alles wie im Lehrbuch der Demokratie. Doch aus dem Ausland gratuliert fast niemand der Präsidentin zur Wiederwahl, wünscht dem Land Glück, freut sich auf gute Zusammenarbeit.

Stattdessen: Rund um die Welt verlegenes Schweigen. Das Land steht nämlich diplomatisch unter Quarantäne, ist ein Paria der internationalen Gemeinschaft. Die Bürger dieses Staates dürfen mit ihrem Pass nicht einmal das Gebäude der Vereinten Nationen in New York betreten. Alles ziemlich peinlich. Aber was soll man machen?

Ist es doch Taiwan, das da am vergangenen Samstag gewählthat. Und Taiwan hat leider nur 23 Millionen Einwohner, China dagegen 1,4 Milliarden. Eine diplomatische Anerkennung der "Republik China", wie Taiwan bis heute offiziell heißt, duldet die Regierung in Peking nicht. Für sie bleibt es dabei: Es gibt nur ein China. Das ist die Volksrepublik. Und Taiwan ist ein Teil von ihr.

Allerdings: Nach siebzig Jahren der Trennung verstehen sich die meisten Menschen auf der Insel eher als Taiwaner denn als Chinesen. Die Mehrheit seiner Bürger möchte, dass es dabei bleibt. Die Pekinger Regierung aber hält es für ihre Pflicht vor der Geschichte, das Vaterland zu vereinigen, ob die Taiwaner das nun auch wünschen oder nicht.

Dies zu beklagen führt nicht zu viel. Im Ausland wird sich kein Politiker, der bei realpolitischem Verstand ist, für Taiwan und gegen Peking entscheiden. Nicht in Tokio, nicht in Paris, nicht in Berlin. Auch nicht in Washington. Obwohl, da ist die Sache

etwas komplizierter. Zwar haben auch die Vereinigten Staaten schon vor vierzig Jahren die diplomatische Wende zugunsten Pekings vollzogen. De facto sind sie aber ein enger Verbündeter Taiwans geblieben, beliefern die Insel mit modernsten Waffen.

Taiwan möchte vor allem in Ruhe gelassen werden

Und tatsächlich, aus Washington kam auch ein Glückwunsch, von Außenminister Mike Pompeo: Taiwan habe erneut "die Stärke seines robusten demokratischen Systems" unter Beweis gestellt. Am Tag nach der Wahl traf sich die im Amt bestätigte Präsidentin Tsai Ing-wen mit Amerikas inoffiziellem Vertreter in Taipei, Brent Christensen, dem Leiter des American Institute in Taiwan.

Weil Amerika seine Hand über Taiwan hält – und weil China seinen staunenswerten Aufstieg nicht gefährden will –, ist es an der Straße von Taiwan bisher ruhig geblieben. Auch die pragmatischen Taiwaner rütteln nicht am Status quo. Sie erwarten gar keine offizielle Anerkennung von den Demokratien, zu denen sie eigentlich gehören. Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften, enge wirtschaftliche Verbindungen, das ist auch schon etwas. Und sie sind froh, wenn ab und zu mal ein Parlamentarier vorbeischaut aus den USA, Japan oder aus Europa. Sind dankbar, wenn sie bei einer internationalen Konferenz nicht gleich vor die Tür gesetzt werden. Finden sich notgedrungen damit ab, dass sie bei Olympischen Spielen als "Chinese Taipei" antreten müssen. So wird es noch viele Jahre lang bleiben.

Taiwan hat sich damit arrangiert. Es möchte vor allem in Ruhe gelassen, nicht von Peking unter die Hongkong-Formel "Ein Land, zwei Systeme" gezwungen werden.

Der Druck kommt vom Festland. Staats- und Parteichef Xi Jinping will eine rasche Wiedervereinigung, am liebsten in seiner Amtszeit (die freilich unbegrenzt ist). Die Taiwan-Frage, hat er gesagt, dürfe nicht "von Generation zu Generation" weitergereicht werden.

Dabei haben chinesische Politiker doch immer in langen Zeiträumen gedacht. Selbst Mao Zedong, der ewige Revolutionär. Als Chinesen und Amerikaner Anfang der Siebzigerjahre aufeinander zugingen, stand ebenfalls das Problem Taiwan zwischen ihnen. Man sollte die beiden Dinge auseinanderhalten, argumentierte der Große Vorsitzende. Die Annäherung zwischen den beiden Mächten könne nicht warten, die Taiwanfrage sehr wohl. Ein "Haufen von Konterrevolutionären" regiere dort. "Ich sage, wir kommen einstweilen auch ohne Taiwan zurecht. Lass es hundert Jahre dauern." Die Dinge dieser Welt benötigten ihre Zeit. "Warum die große Hast?"

Man muss wahrlich nicht jeden Rat Maos annehmen. In diesem Fall wäre es weise. Geduld täte China und dem Frieden gut. Etwas Großzügigkeit auch.

WEITERFÜHRENDE LINKS

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: Ein Sieg als Provokation

FINANCIAL TIMES: Taiwan election result is a challenge for China

CHINA DAILY: Tsai has opportunity to mend her ways